

Dr. Kurt Grünewald, Gesundheitssprecher der Grünen:

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ludvik!

Herzlichen Dank für Ihren Brief und auch dafür, dass Sie als Präsident der ÖDG die Initiative ergreifen, und sich an die GesundheitssprecherInnen aller wahlwerbenden Parteien wenden. Denn wie Sie in Ihrem Brief richtig ausführen, ist das Thema "Diabetes und seine gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen" in der gesundheitspolitischen Debatte und demzufolge auch in der konkreten Gesundheitspolitik krass unterrepräsentiert.

Die Grünen haben längst erkannt, dass Diabetes eine gesundheits- und gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt, deren Bewältigung keinen Zeitaufschub mehr duldet. Die Zahl der an Diabetes erkrankten Menschen nimmt jedes Jahr zu. Es hieße Eulen nach Athen tragen, Ihnen die Folgen zu spät erkannten oder unzureichend behandelten Diabetes und deren schwerwiegende Folgen hier aufzuzeigen. Tragischerweise handelt es sich um Schicksale - mit denen immer mehr Menschen konfrontiert werden - die bei den von Ihnen erwähnten Angeboten in der Gesundheitsversorgung nicht sein müssen.

Ganz abgesehen vom persönlichen Leid der Betroffenen nehmen auch die mit der Behandlung von Diabetes verbundenen Kosten zu. Ich nehme an, Sie können mir zustimmen, dass vor allem mit guten Präventionsmaßnahmen wirksam gegen die Erkrankung und die steigenden Behandlungskosten vorgegangen werden kann. Entscheidend ist eine rechtzeitige Prävention, die bereits im Vorschul- und Schulalter zu organisieren ist. Entsprechende Programme sollten gemeinsam mit SchulärztInnen und Selbsthilfegruppen initiiert werden. Personen, die bereits an Diabetes erkrankt sind, ist der Besuch von kostenlosen und qualitätsgesicherten Schulungsprogrammen zu ermöglichen.

Die Grünen sprechen sich daher für eine Gesundheitsreform aus, die auch imstande ist, ein Gesundheitspräventionsgesetz und Fortschritte im Bereich von Diagnose und Therapien zu finanzieren.

Konkrete Maßnahmen - betreffend Qualitätssteigerung in der Prävention bzw. Versorgung von Menschen mit Diabetes:

- Durchführung von bundesweiten Screening - Aktionen zur Früherkennung von Diabetes gefährdeter Menschen.
- Errichtung eines Diabetesregisters in Zusammenarbeit mit dem ÖBIG.
- Schaffung von Planstellen für Diabetes-Schulungspersonal in allen Schwerpunktkrankenhäusern für ausreichende Schulung und Betreuung.
- Kostenloses und qualitätsgesichertes Diabetes-Schulungsangebot im niedergelassenen Bereich - Errichtung von mehr Diabetesambulanzen und Schwerpunktpraxen zur Verkürzung der Wartezeiten auf eine Therapie. Es müssen mehr Kassenverträge für Endokrinologen abgeschlossen werden.
- Aufklärung und Prävention, die schon in der Volksschule beginnen muss.
- Evidenzbasierte und bezahlte Programme zur Sekundärprävention.
- Die Reduzierung der Turnstunden (unter Ministerin Gehrler) ist wieder aufzuheben.
- Finanzierung unabhängiger Studien durch die öffentliche Hand - Lösung der Pflegegeldproblematik. Wir fordern eine verpflichtende Valorisierung und eine Erhöhung des Pflegegeldes um 15 bis 20 %, um den Kaufkraftverlust durch die jahrelange Nicht-Valorisierung auszugleichen. - Verbesserte Lebensmittelkennzeichnung -- ein Nährwertkennzeichnungssystem für Kalorien, Fett, Zucker und Salz.
- verbindliche Grenzwerte für Transfette.

Die Anforderungen an das Gesundheitssystem steigen. Ob wir diesen begegnen können, wird auch der Umgang mit Diabetes in Prävention und Behandlung zeigen. Billige Lösungen könnten uns teuer zu stehen kommen. Gerade bei der derzeit diskutierten Gesundheitsreform mit Propagierung von Generika und einer aut idem Regelung, ist bei Diabetes dringendst Vorsicht angebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Kurt Grünewald